# Die Bundeswehr in Litauen, die "vergessene" Militärgeschichte und der Dritte Weltkrieg

#### Hubert Brieden

#### 1. Deutsche Soldaten in Litauen

In einem Abkommen zwischen Litauen und Deutschland vom 13. September 2024 war die dauerhafte Stationierung deutschen Militärs in dem baltischen Staat vereinbart worden. Nachdem am 31. Januar 2025 der Bundestag seine Zustimmung zum Vorhaben erteilt hatte, ging alles Schlag auf Schlag: Am 1. April 2025 wurde die der 10. Panzerdivision unterstellte Panzerbrigade 45 der Bundeswehr, die so genannte Litauenbrigade, in Dienst gestellt; am 22. Mai fand in der litauischen Hauptstadt Vilnius ein öffentlicher "Aufstellungsappell" statt. Bis Ende 2027 soll die Brigade einsatzbereit sein für einen etwaigen Krieg mit Russland. Einen Verstoß gegen die NATO-Russland-Grundakte stelle die dauerhafte Stationierung deutscher Kampftruppen in Litauen nicht dar, heißt es bei der Bundeswehr, denn Russland habe die Vereinbarung mit dem Einmarsch in der Ukraine "eindeutig gebrochen".¹ Die Einheit soll aus drei Kampfverbänden bestehen:

- dem Panzergrenadierbataillon 122 aus Oberviechtach (Bayern),
- dem Panzerbataillon 203 aus Augustdorf (Nordrhein-Westfalen),
- und der Multinational Battlegroup Lithuania (Multinationale Kampfgruppe Litauen), in der neben deutschen auch ausländische Einheiten eingesetzt werden.

Niederländische, norwegische, auch kroatische, belgische, luxemburgische und französische Soldaten werden unter deutschem Kommando stehen. Damit soll einerseits die Schlagkraft der neuen Truppe erhöht und andererseits der Führungsanspruch Deutschlands in einer zukünftigen EU-Armee bekräftigt werden. Hinzu kommen "Kampf- und Unterstützungselemente auch anderer Teilstreitkräfte und Organisationsbereiche": Personal für ein deutsches Sanitätszentrum und Logistik, für Feldjäger, Verwaltung, Militärseelsorge und "Führungsunterstützung". Nach derzeitigen Planungen sollen schließlich ca. 4800 Soldaten und 200 Zivilangestellte dauerhaft in Litauen stationiert werden. Ihr offizieller Auftrag: Verteidigung der Ostflanke der Nato gegen eine angeblich zunehmende Bedrohung durch Russland seit dessen Angriff auf die Ukraine. Rund 400 Soldaten des Panzergrenadierbataillons 33 aus Neustadt-Luttmersen stellen den "Leitverband" im Rahmen der rotierenden multinationalen so genannten "Enhanced Forward

<sup>1 &</sup>lt;a href="https://www.bundeswehr.de/de/auftrag/verteidigung/aufgaben/bundeswehr-litauen-grosse-Schritte-deutsche-kampfbrigade">https://www.bundeswehr.de/de/auftrag/verteidigung/aufgaben/bundeswehr-litauen-grosse-Schritte-deutsche-kampfbrigade</a>, aufgerufen: 19.6.2025

ebd.

<sup>3</sup> vgl. https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Panzerbrigade 45&oldid=256849602, aufgerufen: 19.6.2025

Presence Battlegroup" in Litauen. Diese "Mission" so wird die Bundeswehr in der Presse zitiert, bestehe schon seit 2017 und zeige die "Solidarität innerhalb der NATO mit dem östlichen Bündnispartner". Denn, so wird behauptet, "Russland würde sich nicht nur auf das ukrainische Gebiet beschränken wollen" und die "Sicherheit Europas, wie wir sie kennen", gehöre der Vergangenheit an. Die Truppe aus Luttmersen, ausgerüstet mit "Puma"-Schützenpanzern, befindet sich also bereits im Kriegsmodus. Im Juli 2025 ließ der Fliegerhorst Wunstorf die Presse wissen, dass nun voraussichtlich bald auch der "Puma" mit dem Airbus 400 M transportiert werden könne. Einer schnellen Verlegung der Panzergrenadiertruppe aus Luttmersen inklusive auch schweren Materials ins Krisengebiet stünde dann also nichts mehr im Wege. Die Straßen zwischen Luttmersen und dem Fliegerhorst Wunstorf, inklusive der Brücken über die Leine bei Neustadt a. Rbge. und Bordenau, sind inzwischen panzertauglich saniert. Die Region um Neustadt a. Rbge. und Wunstorf würde damit im Konfliktfall unmittelbar ins Kriegsgeschehen einbezogen – mit allen verheerenden Konsequenzen für die Zivilbevölkerung. Für 2026 kündigte der deutsche Verteidigungsminister umfangreiche Manöver in Litauen an.

Die deutschen Truppen werden laut Auskunft der Bundeswehr in Rüdninkai (auch: Rudininkai<sup>7</sup>) am Rande eines Truppenübungsplatzes bei Vilnius und in Rukla bei Kaunas stationiert. Darüber hinaus werden auch das bislang von der NATO-Battlegroup benutzte Camp Adrian Rohn beim Truppenübungsplatz Pabradė sowie zwei Depots in Ukmergė und Zapalskiai nahe des Flughafens Šiauliai weiter genutzt. Ein Sanitätszentrum der Bundeswehr gibt es bei Rokantiškės. Der Aufbau militärischer Infrastruktur in Rüdninkai wird zur Zeit massiv vorangetrieben. Sowohl bei Vilnius als auch bei Kaunas werden Wohnheimunterkünfte gebaut. Der Wohnungsmarkt in Vilnius und Kaunas soll attraktive Möglichkeiten für mitziehende Familienangehörige bieten. In Vilnius ist eine Deutsche Schule für Kinder von Bundeswehrangehörigen geplant.

Bis zur vollständigen Etablierung der notwendigen militärischen Strukturen sollen die Deutschen vorübergehend militärische Einrichtungen in Nemenčine und Rokantiškės nahe Vilnius nutzen können.

### 2. Konfliktlage

Auffallend ist: Die Stationierungsorte liegen nur wenige Kilometer östlich der so genannten Suwalki-Lücke bzw. -Passage, der kürzesten Landverbindung zwischen Weißrussland und der russischen Enklave Kaliningrad (ehemals Königsberg) im Grenzgebiet von Polen, Weißrussland

<sup>4</sup> Neustädter Zeitung 18.1.2025

<sup>5</sup> Neustädter Zeitung 19.7.2025

<sup>6</sup> German-Foreign-Policy. com: Die neue Ära, Artikel vom 30.5.2025

<sup>7</sup> siehe: https://de.getamap.net/karten/lithuania/vilniaus apskritis/ rudininkai/, aufgerufen: 10.8.2025

und Litauen. Über diesen Korridor (Luftlinie: 65,4 km, Grenzverlauf: 104 km) läuft einerseits die Versorgung Kaliningrads auf dem Landwege, andererseits wäre es hier im Konfliktfall für Russland am einfachsten, die Verbindung der baltischen Staaten zum übrigen NATO-Gebiet zu kappen. Mehrere kleine Straßen und nur die größere Europastraße 67 verbinden Polen und Litauen. Daneben gibt es eine Bahnverbindung in "Normalspur"-Breite. In den baltischen Republiken ist nach wie vor die russische Breitspur-Bahn gebräuchlich. Dass eine neue Bahnlinie, die "Rail Baltica", in Normalspur geplant wird, hat militär- und geostrategische Gründe und würde den durchgehenden Nachschub auf der Schiene Richtung russischer Grenze erleichtern.<sup>8</sup>

2002 hatten die Europäische Union und Russland in einem Abkommen vereinbart, dass Polen und Litauen verpflichtet sind, Transporte zur Versorgung Kaliningrads über ihr jeweiliges Staatsgebiet zuzulassen. Kaliningrad hat mit seinem Ostseehafen und der Stationierung der Luftabwehr und anderer militärischer Einheiten für Russland strategische Bedeutung. Ein Konflikt um die Enklave würde also sehr schnell zum Atom- und Weltkrieg eskalieren. Zu einer gefährlichen Zuspitzung kam es bereits 2022 nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine, als Polen und Litauen die Versorgungstransporte unterbrachen. Transporte über polnisches Gebiet waren bald wieder möglich, während Litauen den Transit mit der Begründung weiter blockierte, es handle sich ausschließlich um Güter, die von den EU-Sanktionen gegen Russland betroffen seien. Das waren 40-50 Prozent aller Güter, darunter Baumaterialien und Metalle. Das russische Außenministerium warf Litauen daraufhin "offen feindselige" Beschränkung des Transitverkehres und Vertragsbruch vor. Sollte der Transit nicht bald vollständig wiederhergestellt werden, behalte sich Russland "das Recht auf Handlungen zum Schutz seiner nationalen Interessen vor"<sup>9</sup>. Für Russland wäre die weitere Blockade also ein legitimer Kriegsgrund gewesen. Die EU bemühte sich in Absprache mit Litauen darum, die Lage zu deeskalieren und beteuerte, Kaliningrad solle nicht blockiert werden. Eine weiter Eskalation konnte vermieden werden.

Ende Juni 2025 spitzte sich die Situation erneut zu, als bekannt wurde, dass ein US-General vor Industrievertretern in Wiesbaden erklärt hatte, der NATO stünden ausreichende militärische Mittel zur Verfügung, Kaliningrad in wenigen Tagen von Land aus militärisch einzunehmen. Ob deutsche Einheiten vor Ort in solche Planungen eingebunden sind, ist nicht bekannt. Sollte ein derartiger Angriff auf russisches Territorium erfolgen, würde die russische Doktrin zum Einsatz von

<sup>8</sup> vgl. <a href="https://de.wikipedia.org/windex.php?title=Suwalki-Lücke&oldid=256229447.html">https://de.wikipedia.org/windex.php?title=Suwalki-Lücke&oldid=256229447.html</a>, aufgerufen: 19.6.2025. Außerdem: Lauterbach, Reinhard: Spiel mit dem Atomknopf, Hintergrund Baltikum und NATO, in: Junge Welt 30.7.2025

<sup>9 &</sup>lt;u>https://www.deutschlandfunk.de/worum-es-in-dem-streit-um-die-versorgung-der-russischen-exklave-kaliningrad-geht-102.html</u>, aufgerufen: 8.7.2025

Atomwaffen wirksam. Russische Politiker haben dies nach Bekanntwerden der Rede deutlich gemacht.<sup>10</sup>

Anfang August 2025 meldete die Presse, Litauen habe eine russische Sprengstoffdrohne auf dem eigenen Staatsgebiet gefunden und deswegen die NATO um Beistand angerufen. Genaue Angaben über den Abschussort der Drohne und die näheren Umstände des Vorfalls wurden nicht gemacht.<sup>11</sup> Der ungeklärte Vorfall machte einmal mehr deutlich, wie schnell es in dieser Region versehentlich oder absichtsvoll zur Eskalation kommen kann.

Die Bundeswehr ist in Litauen also an einer Stelle stationiert, an welcher der Beginn eines Großkrieges oder sogar eines atomaren Krieges zwischen Russland und der NATO am wahrscheinlichsten ist. Die Region Hannover mit dem für Nachschub und Drohnenkrieg von Bundeswehr und NATO strategischen Fliegerhorst Wunstorf wäre im Kriegsfall unmittelbar gefährdet. Es wäre höchst unwahrscheinlich, wenn diese Drehscheibe des Krieges nicht attackiert würde, gegebenenfalls auch mit taktischen Atomwaffen.

Bereits Mitte Juni 2025 wurden mögliche militärische Szenarien an der "Suwalki-Lücke" während der Großübung "Jount Cooperation 2025" antizipiert – nicht etwa in Litauen, sondern in Neustadt a. Rbge. und Nienburg/Weser in Niedersachsen. Trainiert wurde, wie schon in den Jahren zuvor, vor allem die zivil-militärische Zusammenarbeit. Doch diesmal, so ließ der Kommandeur des "Kommandos für Zivil-Militärische Zusammenarbeit der Bundeswehr", Oberst Stefan Hofmaier, die Presse wissen, "üben wir erstmals unter den Bedingungen Krise und Krieg" (sic!). Die Teilnehmenden sollten auf "zukünftige Aufgaben der Bündnisverteidigungan der NATO-Ostflanke vorbereitet" werden. Für die Übung wurde das 'Suwalki-Gap", die strategische Lücke zwischen Litauen und Weißrussland, "in den deutschen Raum zwischen Bremen und Hannover projiziert". Weiter hieß es in der Presse: "Mit den gewonnenen Daten werden Einflüsse des zivilen Umfeldes auf eine militärische Operation im Bündnisfall der NATO analysiert. Zur Erfüllung dieses Auftrages werden die Übungsteilnehmenden im Rahmen des Selbstschutzes in geschützten Fahrzeugen unterwegs sein. Wie in einem realen Einsatz tragen sie Schutzwesten und führen Waffen *mit.*"<sup>12</sup> Munition werde im Rahmen der Übung nicht eingesetzt, hieß es beruhigend. Bürgerinnen und Bürger – also das zivile Umfeld – könnten "das Gespräch mit den Soldaten suchen, Übungsszenarien quasi live erleben und sich über unsere interessante Übung informieren", so der Kommandeur der Nienburger Heimatschutztruppe. Eingebunden in die Übung seien auch der

<sup>10</sup> Rede des US-Generals Christopher Donahue, vgl. Lauterbach Reinhard a. a. O.

<sup>11</sup> Meldung Bayrischer Rundfunk 5.8.2025 unter: <a href="https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/litauen-fordert-nach-fund-russischer-drohne-hilfe-der-nato-an,UtıUJAE">https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/litauen-fordert-nach-fund-russischer-drohne-hilfe-der-nato-an,UtıUJAE</a>, aufgerufen: 7.8.2025. Vgl. auch: Kunzmann, Marcel: Litauen fodert NATO-Hilfe nach Fund russischer Sprengstoffdrohne, Telepolis 6.8.2025, unter: <a href="https://www.telepolis.de/features/Litauen-fordert-Nato-Hilfe-nach-Fund-russischer-Sprengstoffdrohne-10511413.html">https://www.telepolis.de/features/Litauen-fordert-Nato-Hilfe-nach-Fund-russischer-Sprengstoffdrohne-10511413.html</a>, aufgerufen: 7.8.2025

<sup>12</sup> Neustädter Zeitung 14.6.2025

Neustädter Bürgermeister Dominic Herbst und die Feuerwehr. Ob der grüne Bürgermeister ebenfalls in einem geschützten Fahrzeug mit Schutzweste und (noch) ungeladener beziehungsweise gesicherter Waffe unterwegs oder virtuell vom Schreibtisch aus eingebunden war, ist dem Zeitungsartikel nicht zu entnehmen. Offensichtlich gehen die verantwortlichen Militärs in ihren Übungen von der engen militärischen Verzahnung der Region Neustadt a. Rbe./Wunstorf/Nienburg und dem Grenzgebiet zwischen Litauen, Polen, Weißrundland und Russland aus.

Dass in Litauen bereits in früheren Zeiten deutsches Militär agierte, scheint für die verantwortlichen Bundeswehrangehörigen nicht weiter von Bedeutung zu sein. Die Rede ist vom Zweiten Weltkrieg – konkret: vom Vernichtungskrieg der Wehrmacht. Was passierte damals in Litauen?

# 3. Rückblick: Litauen und die Vernichtung von Juden und Slawen im Zweiten Weltkrieg 3 a. Vorgeschichte

Die litauische Geschichte ist geprägt durch territoriale Gebietsansprüche der polnischen, russischen und deutschen Nachbarn. Nach militärischen Niederlagen des Deutschen Ordens und Russlands entstand bereits im 13. Jahrhundert ein litauischer Staat, der sich bis ins 15. Jahrhundert weiter ausdehnte und schließlich ein Gebiet von der Ostsee bis ans Schwarze Meer umfasste. 13 Ein Bündnis mit Polen im späten 14. Jahrhundert führte zur Vereinigung beider Länder. Nach der dritten polnischen Teilung 1795 fiel Litauen an Russland. Erst zwischen den beiden Weltkriegen war Litauen wieder selbständig, aber die territorialen Auseinandersetzungen mit Polen, das Vilnius annektiert hatte, und dem Deutschen Reich, das Anspruch auf das deutschsprachige Memelgebiet erhob, waren nicht beendet. Etwa 20 Prozent der Bevölkerung gehörte verschiedenen nationalen Minderheiten an. Bereits seit dem 14. Jahrhundert lebten jüdische Gemeinden in Litauen. Bis zum Ende des 19. Jahrhundert hatte sich ein vielfältiges jüdisches Leben mit unterschiedlichen weltanschaulichen Strömungen entfaltet. Herausragende Rollen spielten zionistische Organisationen und der sozialistische "Bund", wie der "Allgemeine jidische Arbeter-Bund in Rußland, Lite un Poiln" kurz genannt wurde. Zionisten und Sozialisten verfolgten entgegensetzte Ziele. Während der Bund die sozialistische Revolution anstrebte, um die Diskriminierung der jüdischen Bevölkerung durch das Zarenregime zu beenden, förderten die Zionisten die Auswanderung nach Palästina. Der Bund forderte die Anerkennung des Jiddischen als Nationalsprache und lehnte eine hebräische Sprache und Kultur ab.14

In Folge der zaristischen Pogrome von 1881/82 emigrierten litauische Jüdinnen und Juden nach Südafrika und in die USA. Während des Ersten Weltkrieges wurden viele nach Russland vertrieben,

<sup>13</sup> Gutman, Israel (Hg.): Enzyklopädie des Holocaust, Bd. II, München/Zürich 1998, S. 869 ff.

<sup>14</sup> ebd. Bd. I, S. 268 ff.

einige kehrten später aber wieder zurück. In den ersten Jahren der litauischen Unabhängigkeit war den jüdischen Gemeinden zunächst weitgehende nationale und kulturelle Autonomie eingeräumt worden, die aber nicht zuletzt auf Grund eines zunehmenden Antisemitismus nach und nach zurückgenommen wurde. Ökonomische Restriktionen und eingeschränkte Möglichkeiten den Lebensunterhalt zu bestreiten, führten zum Exodus von rund 20.000 litauischen Jüdinnen und Juden, von denen etwa die Hälfte nach Palästina emigrierte.

Im März 1939 annektierte das nationalsozialistische Deutschland die Stadt Memel. Durch das so genannte "Geheime Zusatzprotokoll" des im August 1939 abgeschlossene Nichtangriffspaktes zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion wurden die Interessensphären beider Staaten festgelegt: Polen wurde aufgeteilt, die baltischen Republiken Lettland und Estland sowie Finnland und Bessarabien wurden dem sowjetischen, Litauen dem deutschen Einflussgebiet zugeordnet. <sup>15</sup> Am Vorabend des Zweiten Weltkrieges betrug der jüdische Bevölkerungsanteil knapp 10 Prozent, das waren fast 250.000 Menschen. Am 1. September 1939 überfiel die deutsche Wehrmacht Polen. Die sowjetische Armee besetzte Vilnius, das noch zu Polen gehörte. Litauen vereinbarte mit der Sowjetunion in einem Grenz- und Freundschaftsvertrag, dass die Region Vilnius an Litauen zurückgegeben werden sollte. Am 30. Oktober wurde die Rückgabe vollzogen. Dafür musste die litauische Regierung die Stationierung sowjetischer Truppen akzeptieren. Seit dem 14. Juni 1940 kontrollierte die Rote Armee das gesamte Land, das wenige Wochen später als "Litauische Sowjetrepublik" annektiert wurde. <sup>16</sup>

Den nationalen Widerstand gegen die Annektion versuchte die Sowjetunion mit brutalen Mitteln zu brechen. Ein Teil der litauischen Bevölkerung sympathisierte mit den deutschen Nationalsozialisten. Für die jüdische Minderheit wurde die Situation immer bedrohlicher.

### 3 b. Massenmorde an Juden und "Bolschewisten"

Gleich zu Beginn des Angriffs der Wehrmacht auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 wurde Litauen von deutschen Truppen besetzt und es begann die systematische Jagd auf "die Juden", unterstützt von antisemitischen, antikommunistischen/antibolschewistischen litauischen Nationalisten, die der jüdischen Bevölkerung vorwarfen, mit den Sowjets zusammenzuarbeiten. Etwa 15 000 Jüdinnen und Juden von insgesamt etwa 220 000 gelang die Flucht aus Litauen in die Sowjetunion. Bereits vor der Ankunft der Deutschen verübten litauische Nationalisten in einer Rehe von Orten antijüdische Pogrome. Ab Anfang Juli 1941 begann unter deutscher Regie die systematische Ermordung der jüdischen Bevölkerung. Litauische bewaffnete Kräfte trieben die Menschen

<sup>15</sup> Hellbeck, Jochen: Ein Krieg wie kein anderer, Der deutsche Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion, eine Revision, Frankfurt/M. 2025, S. 134

<sup>16</sup> Dieckmann, Christoph: Deutsche Besatzungspolitik in Litauen 1941-1944, Bd. 1, Göttingen 2011, S.109

zusammen und eskortierten sie, oftmals nach öffentlichen Demütigungen, zu den Erschießungsplätzen. Bereits bis Ende August 1941 hatten die deutschen Besatzer, Wehrmacht, Einsatzgruppen, einheimische Hilfskräfte, die auch in der Waffen-SS Dienst taten, und Kollaborateure den größten Teil der jüdischen Bevölkerung in den verschiedenen Provinzen ermordet. Die Hilfe ortskundiger litauischer Antisemiten machte den Einsatz für die Deutschen besonders effektiv. Die für den Massenmord in Litauen und Lettland zuständige Einsatzgruppe A meldete am 15. Oktober 1941 "die Ermordung von 125.000 jüdischen Männern, Frauen und Kindern. Hinzu kamen 5000 als Kommunisten und Partisanen liquidierte sowjetische Bürger." <sup>17</sup> Bis Ende November waren dann auch noch die meisten Bewohner der Ghettos in den größeren Stätten umgebracht worden. Die restlichen Überlebenden mussten Zwangsarbeiten verrichten u. a. auch in Lettland und Estland. SS-Standartenführer Karl Jäger, Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD (Sicherheitsdienst), Einsatzkommando 3, erstellte am 1. Dezember 1941 eine umfassende Übersicht zu den Mordaktionen, aufgeschlüsselt nach einzelnen Orten. Sein Fazit: "Ich kann heute feststellen, dass das Ziel, das Judenproblem für Litauen zu lösen vom EK. 3 erreicht worden ist. In Litauen gibt es keine Juden mehr, außer den Arbeitsjuden incl. ihrer Familien."18 Im Herbst 1943 wurden die Ghettos von Vilnius und Svenčionys aufgelöst, die in Kowno und Schaulen zu Konzentrationslagern mit Nebenstellen umgewandelt. Von diesem Zeitpunkt an bis zum Frühjahr 1944 gelang über 2000 Jüdinnen und Juden die Flucht aus Ghettos und Lagern. Zum Teil schlossen sie sich verschiedenen Partisanenverbänden an. Andere konnten bei nichtjüdischen litauischen Familien oder in Klöstern untertauchen. Etwa 8000 Jüdinnen und Juden überlebten den Holocaust in Litauen.

## 3 c: Was geschah damals an den heutigen Stationierungsorten der Bundeswehr?

Wie überall in ihrem Herrschaftsbereich ließen die Deutschen auch in der Region um Vilnius zahlreiche Zwangsarbeiterlager einrichteten, deren jüdische Insassen zu Schwerstarbeiten in Torfstichen, Forsten aber auch zu Arbeiten aller Art herangezogen wurden. Ziel war die Vernichtung durch Arbeit. Vor ihrem Tod sollten die jüdischen Arbeitskräfte rücksichtslos ausgebeutet werden. Auch in Rüdninkai, wo die Bundeswehr stationiert wird, befand sich ein Außenlager des Zwangsarbeiterlagers Pabradė, dessen Häftlinge Holz für die Produktion von Eisenbahnschwellen schlagen mussten. Verantwortlich für die Organisation der Arbeit war die Berliner Holz-Kontor-Aktiengesellschaft, der durch die Abteilung Forst und Holz beim Generalkommissariat Litauen die

<sup>17</sup> Später, Erich: Der dritte Weltkrieg, Die Ostfron 1941-1945, St. Ingbert 2015, S. 77

Faksimile des Jäger-Berichtes in: Bertusevičius, Vinca/Tauber, Joachim/Wette, Wolfram: Holocaust in Litauen, Krieg, Judenmorde und Kollaboration im Jahre 1941, Köln/Weimar/Wien 2003, S. 303-311, Zitat: S. 309

benötigten Zwangsarbeiter zugeteilt wurden.<sup>19</sup> Die Lebensbedingungen in den Lagern waren miserabel, die Lebensmittelversorgung für die Schwerarbeiter unzureichend und die Überlebenschancen daher gering.

In Nemenčine bei Vilnius, unweit eines heutigen Stationierungsortes der Litauenbrigade der Bundeswehr, fand am 20. September 1941 ein Massaker an den jüdischen Einwohnern statt. Auf Grund von Zeitzeugenberichten konnten die Ereignisse dieses Tages gut recherchiert werden. Am Tag vor dem Massenmord war befohlen worden, Jüdinnen und Juden der Region zu ghettoisieren. Unter Schreien und Schlägen forderten Deutsche die jüdischen Familien auf, ihre Wohnungen innerhalb kürzester Zeit zu verlassen. 600 in der Synagoge beziehungsweise der jüdischen Schule Eingesperrte wurden ausgeraubt und dann gezwungen, sich in Reihen aufzustellen. Die Befehle der Deutschen, Zeitzeugen erinnern sich an SS-Angehörige, seien von litauischen Polizeikräften und Polen ausgeführt worden. Unter Führung von drei Deutschen, umzingelt von litauischer Polizei, wurden sie zunächst drei Kilometer in Richtung Vilnius und schließlich in den Wald getrieben, wo bereits Gruben ausgehoben worden waren. "Als die Juden die Gruben sahen, begannen sie wegzulaufen. Die Wachen schossen auf die Flüchtenden. Etwa hundert entkamen. Die übrigen 500 wurden in den Gruben erschossen."<sup>20</sup> Im bereits erwähnten Bericht des SS-Standartenführers Karl Jäger werden unter dem 20. September 1941 für Nemenčine 128 ermordete jüdische Männer, 176 Frauen und 99 Kinder genannt.<sup>21</sup> Einigen wenigen der Geflüchteten gelang es, den Winter bei hilfsbereiten Bauern zu überleben, andere schlossen sich den Partisanen an. In Nemenčine, so erinnern sich Zeitzeugen, hätten auch jüdische Flüchtlinge aus anderen Orten gelebt. Diese seien von Deutschen und Litauern öffentlich misshandelt und gedemütigt worden. "Sie zwangen sie mit Kleidern in Teichen zu schwimmen, um brennende Torarollen zu tanzen, rissen ihnen die Bärte aus und verprügelten sie."<sup>22</sup>

Nach diesem Massaker war die jüdische Bevölkerung und das Schtetl von Nemenčine ausgelöscht.

### 4. Ehre für NS-Kollaborateure und Judenmörder

Viele litauische Täter flohen angesichts der absehbaren Niederlage der Wehrmacht nach Westdeutschland, Kanada, Australien und in die USA und konnten dort jahrzehntelang unbehelligt leben. Einige wurden in den 1980er Jahren vor Gericht gestellt.

Nach der Auflösung der Sowjetunion und den Unabhängigkeitserklärungen der baltischen Republiken konnten ehemalige NS-Kollaborateure und Judenmörder wieder öffentlich auftreten.

<sup>19</sup> Dieckmann, Christoph: Deutsche Besatzungspolitik in Litauen 1941-1944, Bd. 2, Göttingen 2011, S. 1138, 1142 f., 1370 f.

<sup>20</sup> ebd. S. 896 f.

<sup>21</sup> Faksimile des Jäger-Berichtes in: Bertusevičius, Vinca/Tauber, Joachim/Wette, Wolfram a. a. O. S. 308

<sup>22</sup> Dieckmann, Christoph: Deutsche Besatzungspolitik in Litauen 1941-1944, Bd. 2, a. a. O. S. 898

Wie auch in der Ukraine werden sie bis heute als nationale Helden im Kampf gegen den Bolscheswismus gefeiert und auf Denkmälern und Gedenktafeln geehrt. Einer von ihnen war der litauische Offizier Jonas Noreika, der unter deutscher Besatzung an der Enteignung von Juden beteiligt war und Mordbefehle unterzeichnet hatte. Als 2015 öffentlich gefordert wurde, eine Gedenktafel für Noreika in Vilnius wegen seiner Beteiligung am Holocaust wieder zu entfernen, wurde behauptet, diese Forderung sei durch Russland lanciert. Noreikas Enkelin, die US-Publizistin Silvia Foti, die 2021 in einem Buch nachwies, dass ihr Großvater mehr als hundert Deportationsbefehle unterschrieben und den Befehl zur Ermordung von mehr als 2000 Juden gegeben hatte, warf der damaligen litauischen Regierung "Holocaustleugnung und Revisionismus" vor. Bereits 2018 hatte der letzte überlebende, vor dem deutschen Einmarsch in Vilnius geborene Jude konstatiert: "Was immer jemand sagt und tut – solange sie gegen Russland sind, sind sie Helden."

In der lettischen Hauptstadt Riga fanden seit Jahren Aufmärsche von Veteranen der Waffen-SS statt, an die seit Beginn der 1990er Jahre bundesdeutsche Soldatenrenten gezahlt wurden.<sup>24</sup>
In Deutschland wird in der Regel zu all dem geschwiegen. Beispiel: Außenministerin Annalena Baerbock. Im April 2022 beteiligte sie sich während einer Reise ins Baltikum in Estland an der Einweihung eines Denkmals für die "Opfer des Kommunismus", unter denen auch NS-Kollaborateure und Beteiligte am Holocaust waren. Ein Gedenken an die Opfer des Vernichtungskrieges der deutschen Wehrmacht gegen die jüdische und slawische Bevölkerung war von der grünen Außenministerin nicht vorgesehen.<sup>25</sup>

Dazu passt es, dass sich die Bundesregierung aus Rücksicht auf ihre baltischen und ukrainischen antirussischen Verbündeten nicht dazu durchringen konnte, Resolutionen der UN-Generalversammlung zuzustimmen, die sich gegen die Glorifizierung von Nazismus und Neonazismus und gegen Rassismus fördernde Maßnahmen richteten.<sup>26</sup>

Bei einem Besuch in Litauen im Juli 2025 legte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier zusammen mit dem Ministerpräsidenten Gintautas Paluckas am Holocaustmahnmal in Paneriai einen Kranz nieder. Die Jüdische Allgemeine nannte einige historische Fakten: dass hier "zwischen Juli 1941 und Juli 1944 etwa 120.000 Menschen von Nationalsozialisten und einheimischen Helfern ermordet" worden waren. "Darunter waren mindestens 70.000 Juden." Zuvor hatten die beiden Politiker auch "einen Kranz an der Nationalen Gedenkstätte für die Opfer des

<sup>23</sup> German-Foreign-Policy. com: Von Tätern, Opfern und Kollaborateuten, Artikel v. 25.6.2021

<sup>24</sup> German-Foreign-Policy. com: Tag der Kollaborateure, Artikel v. 15.3.2012

<sup>25</sup> German-Foreign-Policy.com: Geteilte Altlasten, Artikel v. 22.5.2025

<sup>26</sup> German-Foreign-Policy. com: Das Gedenken der Wehrhaften, Artikel v. 21.4.2022

*Unabhängigkeitskampfes Litauens niedergelegt*".<sup>27</sup> Darüber, dass es sich bei diesen zum Teil um ehemalige NS-Kollaborateure handelt, die am deutschen Vernichtungskrieg beteiligt waren, erfährt man nichts. Im Mittelpunkt der sonstigen Presseberichterstattung über den Staatsbesuch stand ohnehin nur die aktuelle deutsch-litauische Waffenbrüderschaft.<sup>28</sup>

Für das in Litauen stationierte Bundeswehrpersonal spielt ein Gedenken an die Opfer deutscher Antisemiten und Militaristen keine Rolle. Verschwunden ist die Geschichte dadurch aber nicht. Schon 2017 erfuhr die Öffentlichkeit, dass deutsche Soldaten in einer litauischen Kaserne ein Geburtstagsständchen für Adolf Hitler gesungen hatten.<sup>29</sup>

In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, dass ebenfalls 2017 bekannt geworden war, dass ein Angehöriger der Panzerlehrbrigade 9 aus Neustadt-Luttmersen durch islamfeindliche und antisemitische Äußerungen aufgefallen war. So habe er gesagt: "Scheiß auf die Juden und die USA!" 2020 flog in der Wilhemsteinkaserne in Luttmersen eine rechte Chat-Gruppe von 16 Unteroffizieren und zehn Mannschaftsdienstgraden auf, Angehörige der Panzerlehrbrigade 9 und des Versorgungsbataillons 141, die antisemitische, gewaltverherrlichende und pornografische Bilder und Videos geteilt hatten. Außerdem seien Fotos gefunden worden, die Soldaten beim Hitlergruß zeigen. Einige Beteiligte wurden disziplinarisch belangt, zumindest ein Soldat wurde entlassen und klagte vergeblich gegen diese Maßnahme. Doch das genaue Ausmaß des Skandals sowie der Umfang der Disziplinierungen blieben der Öffentlichkeit weitgehend unbekannt.

### 5. Geschichtsvergessenheit und Kriegspropaganda

Die dauerhafte Stationierung deutscher Truppen nahe der Suwalki-Passage, verbunden mit Angriffsdrohungen aus NATO-Kreisen werden insbesondere für die Zivilbevölkerung tiefgreifende Folgen haben, sowohl in den Regionen Hannover und Nienburg als auch im Grenzgebiet Litauen/Polen/Weißrussland. Die beiden Angriffskriege Deutschlands gegen Russland bzw. die

<sup>27</sup> Jüdische Allgemeine, Internetausgabe v. 7.7.2025, <u>https://www.juedische-allgemeine.de/juedische-welt/steinmeier-gedenkt-ns-opfern-in-paneriai/</u>, eingesehen: 7.8.2025

<sup>28</sup> Exemplarisch für eine enthistorisierte und militarisierte Berichterstattung sei der Bericht "Steinmeier im Baltikum: Zwischen Feierlaune und Anspannung" des Bayrischen Rundfunks v. 12.7.2025 genannt, unter: <a href="https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/bundespraesident-frank-walter-steinmeier-im-baltikum-zwischenfeierlaune-und-anspannung,Uqd6U1a">https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/bundespraesident-frank-walter-steinmeier-im-baltikum-zwischenfeierlaune-und-anspannung,Uqd6U1a</a>, eingesehen: 7.8.2025

<sup>29</sup> German-Foreign-Policy. com: Geteilte Altlasten, Artikel v. 22.5.2025

<sup>30</sup> vgl. Wolfsburger Allgemeine/Aller-Zeitung v. 28.11.2020, unter: <a href="https://www.waz-online.de/Nachrichten/Der-Norden/Neustadt-Rechte-Chatgruppe-bei-Panzerlehrbrigade-der-Bundeswehr">https://www.waz-online.de/Nachrichten/Der-Norden/Neustadt-Rechte-Chatgruppe-bei-Panzerlehrbrigade-der-Bundeswehr</a>, aufgerufen: 28.11.2020. Vgl. auch: Meldung des NDR v. 30.11.2020, unter: <a href="https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/hannover-weser-leinegebiet/Rechte-Chatgruppe-Bundeswehr-setzt-Ermittlungen-fort,soldaten424.html">https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/hannover-weser-leinegebiet/Rechte-Chatgruppe-Bundeswehr-setzt-Ermittlungen-fort,soldaten424.html</a>, aufgerufen: 30.11.2020

<sup>31</sup> Meldung des NDR v. 30.11.2020, unter: <a href="https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/hannover-weser-leinegebiet/Rechte-Chatgruppe-Bundeswehr-setzt-Ermittlungen-fort,soldaten424.html">https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/hannover-weser-leinegebiet/Rechte-Chatgruppe-Bundeswehr-setzt-Ermittlungen-fort,soldaten424.html</a>, aufgerufen: 30.11.2020

<sup>32</sup> Neustädter Zeitung v. 12.11.2022

Sowjetunion sind weder in der russischen noch in der weißrussischen Gesellschaft vergessen. Insbesondere der deutsche Vernichtungskrieg gegen die slawische und jüdische Bevölkerung und die komplette Verwüstung des Landes durch die deutsche Wehrmacht und ihre Hilfstruppen spielen in den Erinnerungen der Menschen nach wie vor eine zentrale Rolle. 27 Millionen sowjetische Bürgerinnen und Bürger fielen den Deutschen zwischen 1941 und 1945 zum Opfer, davon 14 Millionen Zivilistinnen und Zivilisten. Es gab praktisch keine Familie, die nicht von der Ausrottungspolitik betroffen war. Doch für deutsche Militärs und Politiker ist das alles kein Thema. Stattdessen wird behauptet, Russland führe einen "Vernichtungskrieg" gegen die Ukraine, obwohl der bisherige Kriegsverlauf dafür keine Anhaltspunkte bietet. Weder gibt es Massenhinrichtungen noch Todesfabriken und Gaskammern; auch Flächenbombardierungen von Städten oder die systematische Vernichtung aller Lebensgrundlagen und den Raub sämtlicher Lebensmittel, um die Bevölkerung dem Hungertod preiszugeben, hat es nicht gegeben. Der Krieg Russlands gegen die Ukraine ist schlimm genug, wie jeder Krieg, aber es ist kein Vernichtungskrieg, wie es seit Jahren diverse deutsche Politikerinnen und Politiker immer wieder behaupten. 33

Verharmlosung und Unkenntnis der deutschen Militärgeschichte, insbesondere des NS-Vernichtungskrieges, und die Pflege traditioneller Feindbilder sind notwendige Voraussetzungen, um einen erneuten Einsatz deutschen Militärs gegen Russland zu rechtfertigen und Soldaten und Zivilbevölkerung in Deutschland "kriegstüchtig" zu machen.

Vereinigungen wie der "Freundeskreis Panzergrenadierbataillon 33 Neustadt a. Rbge. e.V." dienen als militärisch-zivile Transmissionsriemen zur ideologischen Einstimmung auf kommende Kriege. Im Sommer 2025 besuchte eine Gruppe dieses Vereins die deutsche Truppe in Litauen. Über ein prickelndes Seeabenteuer berichtete die Presse: Eine Bootsfahrt "führte den Freundeskreis bis auf 50 Meter an die Küste des russischen Kaliningrad".<sup>34</sup> Was es dort zu sehen gab und was das sollte, erfahren wir leider nicht. Am nächsten Tag stellten die Reisenden dann ein Kruzifix auf dem "Berg der Kreuze" nahe der Stadt Šiauliai auf, einem katholischen Wallfahrtsort, gleichzeitig Symbol des nationalen, antibolschewistischen, antirussischen und antisemitischen litauischen Widerstandes. Die Geschichte des deutschen Vernichtungskrieges gegen Juden und Slawen, die Beteiligung litauischer

<sup>33</sup> So behauptete der Christdemokrat Roderich Kiesewetter am 6.8.2025 in einem Interview mit dem Deutschlandfunk (Morgenmagazin), Russland führe einen "Vernichtungskrieg". Der Moderator nahm diese Behauptung unwidersprochen hin, unter: <a href="https://www.deutschlandfunk.de/interview-roderich-kiesewetter-cdu-zum-ukraine-ultimatum-an-putin-100.html">https://www.deutschlandfunk.de/interview-roderich-kiesewetter-cdu-zum-ukraine-ultimatum-an-putin-100.html</a>, aufgerufen am 6.8.2025. Weitere Beispiele dieser systematischen Verharmlosung des Vernichtungskrieges der Wehrmacht vgl. Brieden, Hubert: Neuausrichtung der Gedenkpolitik: Verharmlosung des NS-Vernichtungskrieges und das Ausblenden der NS-Geschichte, Neustadt a. Rbge. 30.8.2022, unter: <a href="https://ak-regionalgeschichte.de/wp-content/uploads/NetzwerkNeusausrichtung-Gedenkpolitik fin2.pdf">https://ak-regionalgeschichte.de/wp-content/uploads/NetzwerkNeusausrichtung-Gedenkpolitik fin2.pdf</a>, und: Brieden, Hubert: <a href="https://ak-regionalgeschichte.de/wp-content/uploads/2022/07/Vernichtungskrieges">https://ak-regionalgeschichte.de/wp-content/uploads/2022/07/Vernichtungskrieges und des Holocaust</a>, Neustadt a. Rbge. <a href="https://ak-regionalgeschichte.de/wp-content/uploads/2022/07/Vernichtungskrieges-huber-de/mp-content/uploads/2022/07/Vernichtungskrieges-h

<sup>34</sup> Neustädter Zeitung 9.8.2025

Nationalisten am Massenmord scheinen auch für den "Freundeskreis" keine Themen gewesen zu sein – die Presse jedenfalls berichtete nichts darüber. In den Folgetagen kümmerten sich die Reisenden vor allem um die Pflege der Kontakte zum Bundeswehrpersonal an der Ostfront und besichtigten die vorhandenen Waffen.

Derzeit werden die industriellen Kapazitäten ausgebaut, um die Truppe mit allem Notwendigen zu versorgen. Deutschland soll in europäischen Sicherheitsfragen eine führende Rolle spielen, ließ der sozialdemokratische Verteidigungsminister Boris Pistorius im Juli 2025 die Financial Times in einem Interview wissen. Wieder einmal, muss man wohl sagen. Pistorius betonte, so die Zeitung, "dass deutsche Truppen, die jahrelang eine Kultur der militärischen Zurückhaltung als Reaktion auf die Schrecken des Zweiten Weltkrieges pflegten, bereit wären, im Falle eines Angriffs Moskaus auf einen NATO-Mitgliedsstaat russische Soldaten zu töten." Wieder einmal, muss man erneut feststellen.

Der Minister redet allgemein von "Schrecken des Zweiten Weltkrieges", meidet die Begriffe Vernichtungskrieg und Holocaust, erweckt den Eindruck, als wäre der Angriffskrieg gegen die Sowjetunion ein Krieg wie jeder andere gewesen oder mit dem Krieg der Alliierten gegen das NS-Regime vergleichbar. Die Verharmlosung des Vernichtungskrieges durch den deutschen Verteidigungsminister wird besonders deutlich, wenn man seine Aussagen mit einem Zitat aus der bereits 1973 erschienen Hitler-Biografie des Publizisten Joachim C. Fest konfrontiert. Dieser machte damals auf den grundlegenden Unterschied zwischen allen bisherigen Kriegen und dem gegen die Sowjetunion aufmerksam: "Den militärischen Verbänden folgten, als zweite Welle, besondere Einsatzgruppen mit dem von Hitler schon am 3. März formulierten Auftrag, "die jüdischbolschewistische Intelligenz' möglichst noch im Operationsgebiet auszurotten. Diese Kommandos vor allem waren es, die der Auseinandersetzung von Beginn an den beispiellosen, alle Erfahrung überbietenden Charakter gaben; und wie sehr der Feldzug auch strategisch mit dem Gesamtkrieg verbunden war, bedeutete er doch, dem Wesen und der Moral nach, etwas gänzlich Neues: gleichsam den Dritten Weltkrieg. "<sup>36</sup>

<sup>35</sup> Pitel, Laura/Chassanie, Sylvaine: German defence minister calls on arms makers to deliver, in: Financial Times, Internetausgabe, 13.7.2925, updatet 14.7.2025; unter: <a href="https://www.ft.com/content/a9c8d754-bea4-4f5a-887c-b2898b5d0dd3">https://www.ft.com/content/a9c8d754-bea4-4f5a-887c-b2898b5d0dd3</a>, eingesehen am 2.8.2025. Für den Hinweis und die Übersetzung danke ich der Friedeninitiative Neustadt/Wunstorf. Originalzitat: "He insisted that troops from Germany, which for years had a culture of military restraint in response to the horrors of the second world war, would be willing to kill Russian soldiers in the event of an attack by Moscow on a Nato member state."

<sup>36</sup> Fest, Joachim C.: Hitler, Eine Biografie, Frankfurt/M./Berlin/Wien 1975 (Erstauflage 1973), S. 884. Vgl. auch Später, Erich: Der Dritte Weltkrieg, Die Ostfront 1941-45 a. a. O.,

Diese Aussage wird durch umfassende neue Forschungen des Historikers Jochen Hellbeck bestätigt, die er in seinem 2025 erschienenen Grundlagenwerk "*Ein Krieg wie kein anderer, Der deutsche Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion, Eine Revision*" veröffentlichte.<sup>37</sup>

Pistorius weiß von all dem nichts, will nichts wissen, weil dieses Wissen, bei allen Versuchen der erneuten Militarisierung der deutschen Gesellschaft und deren Positionierung gegen Russland hinderlich wäre.

Zudem tut der Minister so, als würden in einem Krieg gegen Russland nur Soldaten sterben und nicht vor allem Zivilistinnen und Zivilisten umgebracht. Und auch darüber, dass ein Krieg zwischen der NATO und Russland ein Atomkrieg wäre, möchte Pistorius offensichtlich nicht reden. Außerdem haben westdeutsche Militärs nie eine "Kultur der Zurückhaltung" gepflegt. Vielmehr haben die Alliierten dafür gesorgt, dass die deutschen militärischen Ambitionen begrenzt und unter Kontrolle blieben. Sobald diese Begrenzungen weggefallen waren, wurden die militärischen Aktivitäten Schritt für Schritt ausgeweitet. Offenen Ausdruck fand diese Entwicklung 1999, als sich die Bundeswehr am Angriffskrieg der NATO gegen Rest-Jugoslawien beteiligte. Es war der erste Krieg in Europa nach 1945 und die Deutschen waren wieder dabei.

Deutsche Militärstrategen und ihre Sympathisanten meinen offensichtlich, sie brauchten auf die Traumatisierungen der russischen, weißrussischen und ukrainischen Bevölkerung keine Rücksicht zu nehmen. Möglicherweise sind sie ihnen in ihrer Geschichtsvergessenheit nicht einmal bekannt, vielleicht sind sie ihnen auch egal. Es könnte daher gut sein, dass sie mögliche russische Reaktionen falsch einschätzen und so eine nukleare Katastrophe herbeiführen.

Zur Erhaltung des Friedens, insbesondere zur Vermeidung eines Atomkrieges, sei es unabdingbar, Interessen und Befindlichkeiten anderer Gesellschaften in ihren historischen Gegebenheiten zu verstehen, betonte bereits Robert Oppenheimer, der im Zweiten Weltkrieg das US-amerikanische Atombombenprojekt geleitet hatte. Nach den Bombenabwürfen über Hiroshima und Nagasaki, wurde der Physiker zum Gegner jeglicher weiterer, vor allem nuklearer Aufrüstung. Oppenheimer warnte vor dem Krieg und formulierte die Bedingungen für den Frieden: "Wenn es einen weiteren Weltkrieg gibt, kann unsere Zivilisation untergehen. Hier müssen wir uns fragen, ob wir alles tun, um das zu verhindern. Wir müssen lernen zu verstehen, wie die Realität anderer Völker aussieht, nicht so sehr in Form von Slogans, sondern in Bezug auf das Leben der Menschen. In der Art, wie wir auf diese Realitäten reagieren, liegt die Hoffnung für den Frieden." <sup>138</sup>

<sup>37</sup> Hellbeck, Jochen: Ein Krieg wie kein anderer, Der deutsche Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion, eine Revision, Frankfurt/M 1925

<sup>38</sup> in: Spionagefall Robert Oppenheimer, Dokumentarfilm, Regie: Heinrichs, Bertina, Deutschland/Frankreich 2025, aufgerufen in der Arte-Mediathek am 30.7.2025

Aber in der aktuellen deutschen Kriegsrhetorik ist der Begriff "verstehen", den Oppenheimer für so wichtig hielt, negativ besetzt. Wer etwa über die Ursachen des Krieges in der Ukraine spricht, wird als "Putinversteher" abgestempelt. Positiv ist, gemäß dieser "Logik", das Nichtverstehen, die Ignoranz, die Dummheit – offenbar Voraussetzung für die angestrebte "Kriegstüchtigkeit". Im grauenhaften Zukunftsroman "1984" von George Orwell propagiert das "Wahrheitsministerium" des "Großen Bruders", des allgegenwärtigen Überwachungsstaates, drei zentrale Parolen:

"KRIEG BEDEUTET FRIEDEN

FREIHEIT IST SKLAVEREI

UNWISSENHEIT IST STÄRKE".39

Alle drei Glaubenssätze sind heute fester Bestandteil deutscher Kriegspropaganda: So heißt es allenthalben, Aufrüstung sichere den Frieden, Bestrebungen, die Kriegshintergründe zu verstehen, werden verächtlich gemacht und der Generalmajor des Heeres Christian Freuding, Leiter des Lagezentrums Ukraine und des Planungs- und Führungsstabes im Verteidigungsministerium und designierter Inspekteur des Heeres, meinte im Juli 2025 unter Bezug auf die Ukraine: "Alles für die *Freiheit aufzugeben, das ist Freiheit!*"<sup>40</sup> In seltener Offenheit ist das politische Ziel von Waffenlieferungen und Kriegsvorbereitungen damit klar benannt. Bundeswehroffiziere wie Freuding machen aus ihrer demokratiefeindlichen Grundhaltung keinen Hehl, werden aber dennoch auf ihrem Posten belassen oder sogar noch befördert. Irgendeine "Brandmauer" zur rechten und autoritären Staatskonzeptionen sind nicht mehr vorhanden. Die Zusammenarbeit mit faschistoiden Kräften in den baltischen Republiken und der Ukraine, welche die Traditionen der Hilfstruppen der NS-Massenmörder pflegen, wird nicht weiter als problematisch angesehen. Es scheint ganz so, als bewegten sich die Verantwortlichen für den Aufrüstungs- und Kriegskurs zunehmend in ihrer eigenen Propagandablase, unfähig die internationalen, historisch gewachsenen politischen und gesellschaftlichen Realitäten wahrzunehmen, geschweige denn zu analysieren. Damit marschieren sie geradewegs in den atomaren Untergang.

Die Friedensbewegung sollte also genau das tun, was diese Militärs und ihre politischen Unterstützer zu vermeiden suchen: über die, insbesondere für die Zivilbevölkerung, katastrophale deutsche Militärgeschichte reden.

Neustadt a. Rbge. 9.8.2025

<sup>39</sup> Orwell, George: 1984, Frankfurt/M./Berlin/Wien 1976, S. 7 u.18

<sup>40 &</sup>lt;a href="https://www.youtube.com/watch?v=KtgNJqp-6BA&list=PLRoiDADf6lieRZlmMjZBwMMmFSCrSE5h8&index=2">https://www.youtube.com/watch?v=KtgNJqp-6BA&list=PLRoiDADf6lieRZlmMjZBwMMmFSCrSE5h8&index=2</a>, Podcastreihe der Bundeswehr "Nachgefragt", Interview mit Christian Freuding, aufgerufen: 3.8.2027

### **Nachtrag am 20.9.2025**

Die Presse berichtet enthusiastisch von der Rückkehr der Litauen-Brigade in die Kaserne Neustadt-Luttmersen. So heißt es in der Neustädter Zeitung, dass Brigadegeneral Kuhn die Bundeswehr "in vollem Umfang [!] kriegstüchtig" machen möchte. 41 Warum? Sie müsse "siegen können". Zum dritten Mal soll also versucht werden, Russland zu besiegen. Die ersten beiden Male verliefen wenig erfolgreich und die Opfer bei diesen Versuchen waren vor allem Zivilistinnen und Zivilisten. Warum es beim dritten Mal und diesmal gegen die Atommacht Russland klappen sollte, ist der Zeitung nicht zu entnehmen. Das weltfremde Gerede des Generals vom Sieg über Russland läuft geradewegs auf einen Atomkrieg hinaus und damit auf einen erneuten Massenmord an Unbewaffneten.

<sup>41</sup> Neustädter Zeitung v. 20.9.2025, "Kuhn: 'Nichts anderes wird einen potentiellen Gegner abschrecken' – Lob für Luttmerser Verbände nach Litauen-Einsatz – Erblindeter ausgezeichnet"